

Information zur Verarbeitung von personenbezogenen Daten im Rahmen von Verarbeitungstätigkeiten der Beratungsstelle des Beauftragten für Studierende mit Behinderung oder chronischer Erkrankung (BBST)

23. August 2023

Mit diesen Datenschutzhinweisen kommt die Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf (im Folgenden HHU) für die oben genannte Verarbeitung personenbezogener Daten ihrer Informationspflicht gemäß Artikel 13 bzw. Artikel 14 Datenschutz-Grundverordnung (DS-GVO) nach.

Ergänzende Informationen sind der Datenschutzerklärung der HHU zu entnehmen (<https://www.hhu.de/datenschutzerklaerung>).

Hinsichtlich der verwendeten Begriffe „personenbezogene Daten“, „Verarbeitung“, „Verantwortlicher“, „Dritter“ etc., wird auf die Definitionen in Artikel 4 DS-GVO verwiesen.

Bei Ihrer Anmeldung - schriftlich oder per E-Mail - ist die Meldung personenbezogener Daten an die BBST erfolgt. Mit den nachfolgenden Datenschutzhinweisen möchten wir Ihnen einen Überblick über die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten geben und Sie über Ihre Rechte informieren.

1. Kontaktdaten

Verantwortlich für die Verarbeitung ist die HHU, eine vom Land NRW getragene, rechtfähige Körperschaft des Öffentlichen Rechts. Sie wird durch die Rektorin Prof. Dr. Anja Steinbeck vertreten.

1.1. Kontaktdaten des Verantwortlichen

Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf
Universitätsstr. 1
40225 Düsseldorf
Tel.: 0211 81-10000
<https://www.hhu.de>

1.2. Ansprechpartner für die Verarbeitung

Beauftragter für Studierende mit Behinderung oder chronischer Erkrankung
Prof. Dr. Frank Dietrich
Universitätsstr. 1
40225 Düsseldorf
Tel.: 0211 81-12912
E-Mail: beauftragterbbst@hhu.de

1.3. Weitere Ansprechpartnerin für die Verarbeitung

Leiterin der Beratungsstelle des Beauftragten für Studierende mit Behinderung oder chronischer Erkrankung
Lydia Schmidt M.A.
Universitätsstr. 1
40225 Düsseldorf
Tel.: 0211 81-15005
E-Mail: bbst@hhu.de

1.4. Kontaktdaten der Datenschutzbeauftragten

Die behördliche Datenschutzbeauftragte der HHU erreichen Sie postalisch unter oben angegebener Adresse des Verantwortlichen oder wie folgt:

Die Datenschutzbeauftragte
E-Mail: datenschutz@hhu.de
Tel.: 0211 81 – 13060
<https://www.hhu.de/datenschutz>

2. Angaben zu den verarbeiteten personenbezogenen Daten und Zwecken der Verarbeitung

Im Rahmen der Verarbeitungstätigkeiten der BBST an der HHU, die zur Durchführung des Beratungsprozesses erforderlich sind, werden folgende personenbezogene Daten von Ihnen zu den genannten Zwecken verarbeitet.

Sämtliche Daten werden von Ihnen direkt erhoben oder entstehen im Laufe des Beratungsprozesses.

2.1. Anbahnung des Beratungsprozesses

Die folgenden Kategorien personenbezogener Daten werden von Ihnen auf einem Formular angegeben und dienen als Grundlage für den Beratungsprozess:

- Name, Vorname
- Geburtsdatum, erforderlich um eine Verwechslung bei gleicher Namensgebung auszuschließen
- Geschlecht, um Sie entsprechend Ihrem Wunsch anreden zu können (männlich, weiblich oder divers)
- Adressdaten (Straße, Hausnummer, PLZ, Ort)
- Kontaktdaten (Mobil- und Festnetznummer, E-Mail)
- Angaben zum Studium (Studienfach, Einschreibedatum)
- Gesundheitsdaten (Art und Grad der Behinderung, Merkzeichen, Schwerbehindertenausweises vorhanden (ja oder nein))
- Angaben zum Studienwerdegang

2.2. Durchführung des Beratungsprozesses

Neben den Angaben aus Ziffer 2.1 fallen im Verlauf des Beratungsprozesses weitere personenbezogenen Daten an und werden verarbeitet. Im Verlauf des Beratungsprozesses werden E-Mails, Telefonate auch als Videokonferenz und persönlich dokumentiert und - soweit für die Beratung erforderlich - gespeichert. In diesem Zusammenhang werden Name, Datum des Gespräches, die Kontaktdaten der Studierenden, Matrikelnummer, Studiengang mit Einschreibung, Behinderung/Erkrankung sowie eine amtliche Schwerbehinderung als auch das Anliegen der Beratung festgehalten. Durch die Dokumentation der Beratungsgespräche soll im Verlauf Ihres Studiums ein kontinuierlicher Beratungsprozess gewährleistet werden.

Die Beratung gliedert sich in zwei Teile, zum einen die Analyse der Ist-Situation und zum anderen die Abgabe einer Empfehlung passend zur Situation und Ihren Wünschen und Bedürfnissen als Studierende:r. Bei der Ist-Situation geht es vor allem um Organisation und Ablauf des Studiums, Prüfungen, aber bei Bedarf auch um die familiäre Situation, die finanzielle Situation und die Wohnsituation sowie die berufliche Zukunft.

Hinweis zur Nutzung von Videokonferenzen:

Eine Beratung ist auch als Videokonferenz per Cisco Webex möglich. Bitte beachten Sie, dass es sich bei Cisco um ein US-Unternehmen handelt. Aufgrund des geltenden Cloud-Acts in den USA ist grundsätzlich ein Zugriff auf Daten von US-Unternehmen durch US-Behörden vorstellbar. Die Verarbeitung aller anfallenden Daten ist durch einen Vertrag zur Auftragsverarbeitung gemäß Art. 28 DSGVO geregelt. Des Weiteren werden alle Webmeetings vom Dienstleister Cisco Ende-zu-Ende verschlüsselt. Weitere Informationen zur Verschlüsselung von Webmeetings bei Cisco Webex finden Sie unter folgendem Link: <https://help.webex.com/de-de/article/5h5d8ab/Durchg%C3%A4ngige-Verschl%C3%BCsslung-mit-Identit%C3%A4ts%C3%BCberpr%C3%BCfung-f%C3%BCr-Webex--Meetings>

2.3. Unterstützung beim Nachteilsausgleich

Gerne unterstützen wir Sie bei der Antragstellung auf Nachteilsausgleich, der ihre Matrikelnummer sowie Ihren vollständigen Namen enthält. Anhand der Matrikelnummer können wir nachvollziehen, wann Sie Ihr Studium beendet haben und exmatrikuliert wurden. Einen Rechtsanspruch auf Nachteilsausgleich haben Studierende, deren Beeinträchtigung länger als sechs Monate anhält und im Sinne der Chancengleichheit ein Nachteil darstellt. Ein Schwerbehindertenausweis, Grad der Behinderung und das Merkzeichen erleichtern die individuelle Gestaltung eines Nachteilsausgleiches, sind jedoch nicht zwingend erforderlich. Eine fachärztliche oder psychotherapeutische Stellungnahme ist ausreichend, wenn bescheinigt wird, welche Nachteile im Sinne der Chancengleichheit durch die Beeinträchtigung im Studium entstehen.

Die Leiterin der Beratungsstelle für Studierende mit Behinderung oder chronischer Erkrankung bezieht sich anschließend auf Ihren Antrag und erstellt auf Ihre Anfrage ein entsprechendes Empfehlungsschreiben. Bei der Antragstellung auf Verbleib in einer auslaufenden Prüfungsordnung, Beurlaubung aufgrund von Krankheit, Antrag auf Verlängerung der BAföG Förderungsdauer, Hilfsmittel und/oder Studienassistenz etc. ist die Leiterin der Beratungsstelle für Studierende mit Behinderung oder chronischer Erkrankung in gleicher Form behilflich.

2.4. Newsletter

Ihre HHU E-Mail-Adresse wird erhoben, um Sie über aktuelle Entwicklungen an der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf und bundesweite Angebote und Neuigkeiten für Studierende mit Behinderung oder chronischer Erkrankungen auf dem Laufenden zu halten. Neben einem Veranstaltungskalender umfasst dies z. B. Informationen zum Thema Nachteilsausgleich, barrierefreie Zugänge, Blindenleitsysteme und neuartige Hilfsmittel sowie Diversity News.

2.5. Statistiken und Berichte

Für folgende Zwecke erfolgt eine anonyme Weiterverarbeitung Ihrer Daten:

- Erfassung der Zahl der Studierenden mit Behinderung oder chronischer Erkrankung zur Optimierung und Organisation der Lehre in den einzelnen Studienfächern.
- Erfassung der Art der Behinderung oder chronischen Erkrankung zu statistischen Zwecken, die zur Optimierung der Barrierefreiheit und anderer Unterstützungsangebote dienen und damit bestehende Bedarfe zur Organisationsentwicklung identifizieren
- Interessen und Unterstützungsbedarf geben Aufschluss über Ihre Wünsche und Bedürfnisse. Mit Hilfe der quantitativen und qualitativen Erhebungen aus den Fragebögen und Beratungsgesprächen ermittelt die Beratungsstelle den Bedarf an der Heinrich-Heine-Universität. Die Ergebnisse sind ausschlaggebend für die Empfehlungen, die der Beauftragte für Studierende mit Behinderung oder chronischer Erkrankung insbesondere dem Rektorat der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf gibt. Die objektive Feststellung des Bedarfes trägt zur evtl. Veränderung und/oder Anpassung der Lehre und des Studienalltages bei.

3. Rechtsgrundlagen der Verarbeitung

Ihre personenbezogenen Daten werden aufgrund der Bestimmungen der DS-GVO und des Landesdatenschutzgesetzes sowie ggf. weiteren maßgeblichen Gesetzen verarbeitet. Dies geschieht nur zu den in Ziffer 2 angeführten Zwecken. Die Verarbeitung der Daten erfolgt gemäß Art. 6 Abs. 1 lit. a DSGVO auf Grundlage einer informierten Einwilligung.

4. Übermittlung personenbezogener Daten

Auf Ihre personenbezogenen Daten haben nur die Mitarbeiter:innen der Beratungsstelle Zugriff. Eine Übermittlung von personenbezogenen Daten an Dritte erfolgt nur nach Absprache und mit Ihrem ausdrücklichen Einverständnis.

Lediglich bei Selbst- oder Fremdgefährdung werden die personenbezogenen Daten ggf. an den Sozialpsychiatrischen Dienst und/oder die Polizei weitergeleitet, nachdem eine Gefährdungsanalyse erfolgt ist.

5. Dauer der Verarbeitung/Datenlöschung

Die Löschung der gespeicherten personenbezogenen Daten erfolgt, wenn Sie Ihre Einwilligung zur Speicherung widerrufen, bis zur Zweckerreichung oder wenn die Speicherung der Daten aus sonstigen gesetzlichen Gründen unzulässig ist. Soweit erforderlich, verarbeiten und speichern wir Ihre personenbezogenen Daten maximal für die Dauer von drei Jahren.

6. Ihre Rechte als Betroffene/r

Sie können als betroffene Person jederzeit die Ihnen durch die DS-GVO gewährten Rechte geltend machen:

- das Recht auf Auskunft nach Maßgabe des Art. 15 DS-GVO, § 12 DSGVO NRW, ob und welche Daten von Ihnen verarbeitet werden;
- das Recht, die Berichtigung oder Vervollständigung der Sie betreffenden Daten zu verlangen nach Maßgabe des Art. 16 DS-GVO;
- das Recht auf Löschung der Sie betreffenden Daten nach Maßgabe des Art. 17 DS-GVO, § 10 DSGVO NRW;
- das Recht, nach Maßgabe des Art. 18 DS-GVO eine Einschränkung der Verarbeitung der Daten zu verlangen;
- das Recht auf Datenübertragbarkeit nach Maßgabe des Art. 20 DS-GVO;
- das Recht auf Widerspruch gegen eine künftige Verarbeitung der Sie betreffenden Daten nach Maßgabe des Art. 21 DS-GVO, § 14 DSGVO NRW.

Sie haben außerdem das Recht, Beschwerde bei einer Aufsichtsbehörde gemäß Art. 77 DS-GVO einzureichen, wenn Sie der Ansicht sind, dass die Verarbeitung der Sie betreffenden personenbezogenen Daten gegen die DS-GVO verstößt. Die für die HHU zuständige Aufsichtsbehörde in NRW ist die

Landesbeauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit Nordrhein-Westfalen
Kavalleriestraße 2-4
40213 Düsseldorf
Telefon: 0211 38424-0
E-Mail: poststelle@ldi.nrw.de

Wir wären Ihnen allerdings dankbar, dass Sie – bevor Sie sich mit Ihrem Anliegen an eine Aufsichtsbehörde wenden – mit unserer Datenschutzbeauftragten Kontakt aufnehmen würden. Wir werden versuchen, Ihrem Anliegen gerecht zu werden.

7. Gültigkeit dieser Datenschutzhinweise

Wir behalten uns das Recht vor, diese Datenschutzhinweise abzuändern, um sie gegebenenfalls an Änderungen relevanter Gesetze bzw. Vorschriften anzupassen oder Ihren Bedürfnissen besser gerecht zu werden. Diese Datenschutzhinweise gelten in der jeweils zuletzt durch die HHU veröffentlichten Fassung.